

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 19.11.2019
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:50 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Moser, Johannes

Mitglieder

Arnold, Christian
Ellensohn, Siegfried
Fritschi, Erika
Hertenstein, Klaus
Hoffmann, Conny
Höfler, Armin
Kamenzin, Peter
Keller, Bernd
Lutz, Ines
Maier, Bernhard
Scheller, Urs
Schmidbauer, Jörg
Schoch, Martin
Sterk, Ingo
Strobel, Tim
Strobel, Tobias
Waldschütz, Jürgen

Protokollführer

Stärk, Patrick

Verwaltung

Bezikofer, Heike
Distler, Matthias
Muscheler, Katja

Sonstige

Utzler, Matteo	
Sartena, Peter	
Hertrich, Thomas	zu TOP 3 und 4
Hake, Bernhard	zu TOP 3 und 4
Wahl, Wolfgang (Büro Rapp Trans AG)	zu TOP 5

Abwesend:

Mitglieder

Holl, Heiner
Steiner, Gerhard
Mayer, Reinhold

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Zuhörer: 15 (darunter die städtischen Waldarbeiter Gerd Schneider, Bernd Wikenhauser und Markus König)

Pressevertreter: 2 (Hegaukurier, Südkurier)

1 Bestimmung der das Protokoll unterschreibenden Stadträte

Zur Unterzeichnung des Protokolls werden der Stadtrat Bernd Keller und die Stadträtin Ines Lutz nach § 38 Abs. 2 GemO bestimmt.

2 Bekanntgabe in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Gem. § 35 Abs. 1 Satz 4 GemO werden folgende Beschlüsse des Gemeinderates aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung vom 22.10.2019 bekannt gegeben:

1. Der Gemeinderat stimmt den Ehrungsvorschlägen zur Bürgerehrung 2020 zu.
2. Der Gemeinderat beschließt den Baulandpreis für das Baugebiet „Hugenberg-Nord“.

**3 Vorstellung des Bewirtschaftungsplans 2020 des Städtischen Forstbetriebs
Vorlage: 212-19**

Bürgermeister Moser begrüßt den Forstamtsleiter Bernhard Hake, den Revierleiter Thomas Hertrich sowie die städtischen Waldarbeiter. Er führt in das Thema ein und lenkt den Blick auf die schwierigen Rahmenbedingungen, die insbesondere durch den Klimawandel entstanden seien.

Revierleiter Hertrich stellt den Wirtschaftsplan 2020 anhand der Anlage zur Vorlage Nr. 212-19 detailliert vor. Er verweist darauf, dass im Verhältnis zu einer Nachbarkommune und zum Landkreis die Stadt Engen deutlich weniger Käferholz und Dürreschäden zu beklagen habe. Dies sei durchaus auch der nachhaltigen Begiftung geschuldet, was trotz PEFC-Zertifizierung zulässig ist. Gleichwohl könne man die geringeren Schadensbilder nicht nur auf diese Maßnahme zurückführen.

Bürgermeister Moser spricht die CO₂-Bindung von Waldflächen an und hinterfragt hier die Haltung von Revierleiter Hertrich. Nach den Worten von Revierleiter Hertrich binde ein junger bis mittelalter Wald das klimaschädliche CO₂ deutlich besser als ein alter Baumbestand. Auf die Frage von Bürgermeister Moser, ob Holz besser verbrannt oder im Wald verrottet werden lassen sollte, antwortet Revierleiter Hertrich, dass es klimatechnisch am sinnvollsten sei, das Holz zu verbauen. Forstamtsleiter Hake ergänzt, dass Nadelholz mehr in der nachhaltigen Verwendung genutzt werde. So werde beispielsweise zu 70 % Nadelholz verbaut. Der Laubholzanteil betrage hier nur 30 %.

Stadtrat Armin Höfler dankt Revierleiter Hertrich und dessen Team für die überaus gute Arbeit im städtischen Wald und er begrüßt die Leidenschaft der handelnden Personen für den Stadtwald. Stadtrat Armin Höfler bittet um eine Einschätzung, ob es eine Tendenz für einen Käferbefall gäbe. Nach Auskunft von Revierleiter Hertrich sei dies eher eine Lotterie, ob Bäume befallen werden oder eben auch nicht. Er versichert jedoch, dass er und seine Mitarbeiter hier ein verstärktes Augenmerk darauf legen werden.

Stadtrat Jürgen Waldschütz ist aufgefallen, dass sich derzeit zu viel Holz auf dem Markt befindet. Er möchte wissen, ob hier entsprechende Maßnahmen ergriffen würden. Revierleiter Hertrich führt aus, dass europaweit der Holzmarkt gesättigt sei. Konkrete Maßnahmen seien hier nicht geplant und Forstamtsleiter Hake ergänzt, dass landesweit für den Staatswald beispielsweise ein Einschlagstopp für Nadelholz verhängt wurde. Stadtrat Jürgen Waldschütz möchte abschließend noch wissen, ob bei städtischen Bauvorhaben auch Bauholz aus dem Stadtwald verwendet würde. Dies kann, so Revierleiter Hertrich, nicht genau definiert werden. Die Sägewerke separieren hier in keiner Art und Weise welches Holz schlussendlich dann verwendet werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, bedankt sich Bürgermeister Moser außerordentlich bei Revierleiter Hertrich und dessen Team für deren wertvolle Arbeit und der Gemeinderat nimmt einstimmig vom Bewirtschaftungsplan 2020 des städtischen Forstbetriebs Kenntnis.

4 Vorberatung über die Vergabe von Tätigkeiten des forstlichen Revierdienstes an die Untere Forstbehörde **Vorlage: 213-19**

Bürgermeister Moser umreißt die Thematik grundsätzlich. Forstamtsleiter Hake referiert anhand einer PowerPoint Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Bürgermeister Moser verdeutlicht, dass die Kosten für die eingekaufte Leistung von bisher 66.000 € auf künftig 110.000 € ansteigen würden.

Stadtrat Jürgen Waldschütz möchte wissen, welche Kommunen eine Eigenbeförsterung vornehmen. Dies sind nach Auskunft von Forstamtsleiter Hake die Gemeinden Allensbach, Reichenau und Eigeltingen. Auf Nachfrage von Stadtrat Jürgen Waldschütz bestätigt Forstamtsleiter Hake, dass auch diese einen Mehrbelastungsausgleich zu tragen hätten. Stadtrat Jürgen Waldschütz hinterfragt die Eigenbeförsterung. Forstamtsleiter Hake verweist auf die alleinige Entscheidungsbefugnis des jeweiligen Waldeigentümers. Er bittet jedoch bei einer Entscheidungsfindung auch zu berücksichtigen, dass bei einer Eigenbeförsterung Krankheitsvertretungen zu regeln und Pensionslasten zu tragen seien. Forstamtsleiter Hake kann Stadtrat Jürgen Waldschütz nicht definitiv sagen, ob bei einer eigenen Beförsterung höhere Gewinne zu verzeichnen seien. Bei der Preisbildung in Verhandlung mit den Sägewerken gehe es auch oft um die Masse, was bei einer Eigenbeförsterung eher gering anzusetzen sei. Auf abschließende Nachfrage von Stadtrat Jürgen Waldschütz führt Forstamtsleiter Hake aus, dass der Vertrag auf 5 Jahre geschlossen werde und dieser jedoch nach 3 Jahren einer Überprüfung unterzogen werden soll.

Für Stadtrat Armin Höfler sind nach den dargelegten Zahlen wenig Alternativen ersichtlich. Er möchte wissen, wer für den Staatswald auf Gemarkung Engen zuständig sei. Dies ist nach Auskunft von Forstamtsleiter Hake Herr Wimmer.

Bürgermeister Moser dankt Forstamtsleiter Hake für die großen Vorleistungen in dieser Angelegenheit und er ist überzeugt, dass bei entsprechend positiver Beschlussfassung auch eine gute Lösung miteinander vereinbart werden könne.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat signalisiert, dass die Stadt Engen mit einer Übernahme von Tätigkeiten im forstlichen Revierdienst durch die Untere Forstbehörde einverstanden ist.
2. Der Gemeinderat signalisiert, dass die Stadt Engen weiterhin die Holzverkaufsstelle des Kreisforstamtes beauftragen wird.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verträge entsprechend vorzulegen.

5 Beschluss des Lärmaktionsplans der Stadt Engen
Vorlage: 211-19

Bürgermeister Moser begrüßt Herrn Wolfgang Wahl vom Büro Rapp Trans AG in Freiburg. Er stellt zu Beginn klar, dass die ursprünglich beschlossenen Gesamtmaßnahmen aus der vorletzten Gemeinderatssitzung nun auch komplett und insgesamt vom Lärmaktionsplan umfasst werden sollen.

Herr Wahl geht nochmals auf den Lärmaktionsplan im Grundsatz ein und stellt die Maßnahmen, die in dem Lärmaktionsplan aufgenommen werden sollen, nochmals detailliert vor. Bei den eher negativen Stellungnahmen seitens der Behörden und der Polizei geht Herr Wahl davon aus, dass diese einen Kooperationserlass älteren Datums zugrunde gelegt hätten. Barga stellt er als Hauptbelastungsbereich vor und auch die anderen Belastungsbereiche werden nochmals in aller Kürze skizziert. Die eingegangenen Anregungen werden anhand einer PowerPoint Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist, nochmals detailliert vorgetragen. Nach den Worten von Herrn Wahl habe die Stadt Engen nun die rechtlichen Verpflichtungen erfüllt und könnte heute mit entsprechendem Beschluss des Gemeinderates dann auch die erforderlichen Anträge stellen.

Stadtrat Ingo Sterk kritisiert die Haltung des Landratsamtes zur Einschätzung der verlängerten Fahrzeit auf der Alternativroute. Er möchte wissen, welche Sicherheit es gäbe, dass bei Antragsstellung die Maßnahmen dann auch genehmigt und umgesetzt würden. Nach Einschätzung von Herrn Wahl müsste auf Grundlage des neuen Kooperationserlasses eine entsprechende Genehmigung erteilt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, so könne die Stadt Engen – ähnlich wie die Gemeinde Uhldingen-Mühlhofen – den Rechtsweg beschreiten. Auf Nachfrage von Stadtrat Ingo Sterk, mit welchem Zeithorizont zu rechnen sei, antwortet Herr Wahl, dass dies bestenfalls lediglich drei Monate dauern könnte. Abschließend bedankt sich Stadtrat Ingo Sterk recht herzlich bei Herrn Wahl für dessen wertvolle Arbeit im Sinne einer Reduzierung der Belastung der Wohnbevölkerung entlang von vielbefahrenen Straßen.

Auch Stadtrat Armin Höfler schließt sich diesem Dank an und er könne mit Blick auf die vorletzte Sitzung eine große Einigkeit im Gemeinderat feststellen, diesbezüglich die Maximalforderungen zu stellen, auch wenn die Beschränkung auf Tempo 30 in der Acherstraße nicht nur Befürworter finde. Die Fraktion der UWV werde den Lärmaktionsplan in der vorliegenden Fassung jedenfalls mittragen und er hoffe auf eine schnelle Umsetzung.

Auch Stadträtin Conny Hoffmann freut sich, dass Lärminderungen in greifbare Nähe gerückt seien. Allerdings verweist sie auch auf die Problematik des Schießlärms in Bittelbrunn, der deutlich wahrgenommen werde und nicht im Lärmaktionsplan Eingang gefunden habe. Sie hinterfragt die Gründe hierfür. Herr Wahl begründet dies mit der gesetzlichen Regelung, dass Lärmaktionspläne lediglich auf Verkehrslärm abheben. Schießstände werden nach der TA-Lärm be-

urteilt, die an sich die Grenzwerte weit aus kritischer ansetzt, als dies bei Verkehrslärm der Fall sei. Schießlärm sei lediglich eine punktuelle Belastung und es werde jedoch derzeit ein neuer Leitfaden erstellt und es bleibe abzuwarten, welche Möglichkeiten hier entstehen könnten, was eine Lärminderung von Schießanlagen anbelangt.

Bürgermeister Moser bestätigt, dass auch der Gemeindetag hierüber informiert habe. Er wehrt sich jedoch gegen den Vorwurf der Untätigkeit der Stadt Engen, da nach der Genehmigung an 10 Sonntagen Schießveranstaltungen zulässig seien. Die Betreiber würden derzeit jedoch lediglich 6 in Anspruch nehmen. Aus seiner Sicht habe der Schießbetrieb derzeit einen Rechtsanspruch, was zu respektieren sei. Gesetzmäßigkeiten müssen – ähnlich wie beim Straßenverkehr – auch in diesem Bereich erst noch angepasst werden. Diese Verfahren dauern jedoch erfahrungsgemäß sehr lange. Er hegt die Hoffnung, dass der Eigentümer den Vertrag nach Ablauf nicht mehr verlängern werde, was er schon angedeutet habe. Er unterstreicht jedoch, dass er Verständnis für das Belastungsempfinden der Bittelbrunner Bürgerinnen und Bürger habe.

Stadtrat Klaus Hertenstein erinnert an die Unterschriftenaktion der Bittelbrunner und versichert, dass im kommenden Jahr die Schießtätigkeiten an Wochenenden genau protokolliert würden und er bekräftigt, dass der Zustand unerträglich sei. Er bedauert auch, dass die Hauptnutzer der Schießanlagen ausländischer Herkunft seien.

Stadtrat Tim Strobel hält die Transparenz der Hintergründe für die Genehmigungsfähigkeit der Schießtätigkeiten am Dornsberg für überaus wichtig. Auf seine Nachfrage bestätigt Herr Wahl nochmals, dass der Schießlärm nicht in die Lärmaktionsplanung „passe“. Bürgermeister Moser versichert, dass bei Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen die Stadt Engen dieses Thema sofort wieder aufgreifen werde.

Stadtrat Jürgen Waldschütz richtet seinen Dank an Herrn Bürgermeister Moser und Herrn Wahl für deren Arbeit. Dieses Verfahren sei auch unter erheblicher Bürgerbeteiligung vollzogen worden und diese sei überaus positiv gewesen. Heute könne man durchaus von einem guten Tag für Engen sprechen. Auch er hegt die Hoffnung, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Belastungen durch den Schießlärm ändern und auch hier die Stadt Engen Maßnahmen ergreifen könne.

Die Fraktion der CDU weist darauf hin, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag auch eine zustimmende Kenntnisnahme der Stellungnahmen beinhalte, was nicht im Sinne der Fraktion sei. Insofern wird einvernehmlich die zustimmende Kenntnisnahme lediglich auf die Wertung der eingegangenen Stellungnahmen bezogen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Wertung über die eingegangenen Stellungnahmen zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat beschließt den Lärmaktionsplan mit den darin enthaltenen Maßnahmen und beauftragt die Verwaltung, den Lärmaktionsplan öffentlich bekanntzugeben und im Anschluss die Umsetzung der Maßnahmen durch die zuständigen Fachbehörden zu veranlassen.

**6 Fördergesellschaft Hegau-Bodensee-Klinikum mbH Zustimmung zum Änderung des Gesellschaftsvertrages der Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH
Vorlage: 208-19**

Bürgermeister Moser geht auf die Vorlage Nr. 208-19 im Grundsatz ein.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat ist mit der Änderung des Gesellschaftsvertrags der GLKN gGmbH gemäß Entwurf, Stand 10.10.2019, einverstanden.

**7 Fördergesellschaft Hegau-Bodensee-Klinikum mbH Zustimmung zum Abschluss einer Gesellschaftervereinbarung zwischen Landkreis Konstanz, Spitalstiftung Konstanz und Fördergesellschaft Hegau-Bodensee-Klinikum mbH
Vorlage: 209-19**

Bürgermeister Moser führt die Vorlage Nr. 209-19 grundsätzlich aus.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Engen ist mit dem Abschluss der Gesellschaftervereinbarung (schuldrechtlichen Vereinbarung) mit den Mitgesellschaftern Landkreis Konstanz und Spitalstiftung Konstanz gemäß Entwurf, Stand 25.09.2019, einverstanden und genehmigt den Beschluss der Fördergesellschaft HBK.

**8 Beschlussfassung über die Gebührenkalkulation für die Abwassergebühr 2020 und Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung
Vorlage: 205-19**

Kämmerin Muscheler erläutert in aller Kürze die Gebührenkalkulation entsprechend der Vorlage Nr. 205-19 samt Anlagen.

Bürgermeister Moser freut sich, dass den Bürgern 190.000 € an Gebührenaufkommen erspart werden könne. Hier zeige sich wieder einmal, wie vorteilhaft sich eine gemeinsame Großkläranlage, wie in Ramsen, auswirke.

Stadtrat Jürgen Waldschütz hinterfragt, ob eine Verzinsung in Höhe von 3 % üblich sei. Kämmerin Muscheler informiert, dass man ein langjähriges Mittel an Zinssatz angenommen habe. Sie ergänzt, dass das Finanzamt beispielsweise einen Zinssatz von 6 % verwende, wobei sie durchaus zu erkennen gibt, dass das derzeitige Zinsniveau deutlich niedriger liege.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Änderung der Abwassersatzung entsprechend dem beigefügten Satzungsentwurf.

9 Information über den aktuellen Stand zur Sonderausstellung "Hölle & Paradies. Der deutsche Expressionismus um 1918"
Vorlage: 202-19

Kulturamtsleiter Dr. Wagner berichtet über den derzeitigen Planungsstand der Sonderausstellung im kommenden Jahr und die Konzeptionshintergründe anhand eines Flyers, der den Gemeinderäten übergeben wird.

Auf Nachfrage von Stadtrat Jürgen Waldschütz gewährt Kulturamtsleiter Dr. Wagner einen Einblick in seine Gedankenwelt und die Entstehung der Idee, die bereits fünf Jahre her ist. Kulturamtsleiter Dr. Wagner versichert Stadtrat Jürgen Waldschütz, dass es eine Führung für die Mitglieder des Gemeinderates geben werde.

Stadtrat Armin Höfler möchte wissen, ob ähnlich wie bei der Kerkovius-Ausstellung die Stadt Engen Eingang in die FAZ finde. Kulturamtsleiter Dr. Wagner erhofft sich dies zwar, wobei dies nicht vorhergesagt werden könne.

Stadträtin Ines Lutz appelliert, dass das Kulturamt auch mit der Touristik und dem MEV zusammen entsprechende Rahmenbedingungen im Hinblick auf eine funktionierende Gastronomie erarbeite. Kulturamtsleiter Dr. Wagner versichert, dass hier mit den entsprechenden Akteuren Gespräche stattfinden. Auf Nachfrage von Stadträtin Ines Lutz bestätigt Kulturamtsleiter Dr. Wagner auch, dass er mit dem Budget gut zurechtkommen werde und durch die Kooperation mit Hofheim etwa 10.000 - 15.000 € eingespart werden können. Diese werde er zusätzlich in Marketingmaßnahmen verwenden.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den aktuellen Stand der Sonderausstellung Hölle & Paradies in 2020 zur Kenntnis.

10 Beschlussfassung über die Fortschreibung der Elternbeiträge 2020 für Kinderbetreuungseinrichtungen - Satzungsänderung; Beschlussfassung über die Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kernzeitenbetreuung und Ferienbetreuung ab 2020
Vorlage: 204-19

Hauptamtsleiter Stärk führt die Vorlage Nr. 204-19 detailliert aus. Er führt dem Gemeinderat auch nochmals die besonders familienfreundlichen Komponenten (Württembergisches Modell, 50 % Gebühr für Eingewöhnungsmonat, kein Zuschlag von 25 % für VÖ-Betreuung und partielle Buchung der Krippenbetreuung) vor Augen.

Kämmerin Muscheler erläutert Stadtrat Tim Strobel Nachfragen zu den Erträgen und Aufwendungen. Er thematisiert darüber hinaus die landespolitische Diskussion um beitragsfreie Kindergärten. Hierfür kämpfe er auch auf Landesebene und deshalb falle es ihm schwer, kommunalpolitisch heute diesen Beschluss auf Erhöhung der Elternbeiträge mitzutragen. Für ihn sei dies ein Dilemma. Bürgermeister Moser erwidert, dass er dieses Dilemma ihm nicht auflösen könne und er verweist auf viele sozialdemokratische Regierungen insbesondere im skandinavischen Raum, wo Elternbeiträge von 2.000 € monatlich nicht unüblich seien.

Stadträtin Ines Lutz bittet darum, die logische Argumentation aus der Vorlage Nr. 204-19 auch nach außen zu transportieren. Mit diesen Hintergrundinformationen wäre manch Diskussion sachgerechter zu führen. Hauptamtsleiter Stärk verweist hier auf die gute Berichterstattung im Hegaukurier, die man als Betroffener jedoch auch aktiv wahrnehmen sollte. Hilfreich in der Dis-

kussion sei auch die Tatsache, dass auch der Gemeinderat bei entsprechendem Beschluss die Betreuungsstunde bei der VÖ-Betreuung von 0,88 € je Stunde auf 0,91 € je Stunde erhöhe.

Stadtrat Jürgen Waldschütz erinnert daran, dass auch die CDU-Fraktion vor vielen Jahren für beitragsfreie Kindergärten geworben habe. Er sehe aber auch ein, dass die Stadt Engen den Betrag von etwa 500.000 €, der an Elternbeiträgen zusammen komme, nicht selber schultern.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat bei einer Gegenstimme (Tim Strobel) und 16 Ja-Stimmen mehrheitlich folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt eine Erhöhung der Elternbeiträge entsprechend den gemeinsamen Empfehlungen für 2020. Die Elternbeiträge für den Besuch der kommunalen Kinderbetreuungseinrichtungen für das Jahr 2020 sind der Anlage 5 zu entnehmen. Die Beiträge werden wie bisher für jeweils 11 Monate im Jahr erhoben und gelten ab 01.01.2020.
2. Die daraus resultierende Änderung der Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kinderbetreuungseinrichtungen vom 19.11.2019 wird beschlossen (Anlage 6).
3. Der Gemeinderat beschließt die Erhöhung der Elternbeiträge für die Kernzeitenbetreuung um 5,00 € für eine Betreuung am Vormittag und Mittag und bei der flexiblen Kernzeitenbetreuung (Vormittags- oder Mittagsbetreuung) um 2,50 €.
4. Die Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Kernzeitenbetreuung und Ferienbetreuung in der Fassung vom 19.11.2019 wird beschlossen (Anlage 4).
5. Die Beiträge für die Ferienbetreuung werden beibehalten. Eine Anpassung wird für das Jahr 2020 ausgesetzt.

11 Beschlussfassung zur Vergabe der HLS-Arbeiten (Heizung/Lüftung/Sanitär) bei der Erweiterung der Kinderkrippe Im Baumgarten Vorlage: 207-19

Bürgermeister Moser verweist auf die Vorlage Nr. 207-19.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, der Firma Kerschbaumer GmbH, Engen, den Auftrag zur Angebotssumme von 53.045,42 € zu erteilen.

12 Fragemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger

12.1 Beförderung Kindergartenkinder an den Kindergarten St. Martin

Beatrix Reiter bedauert und kritisiert, dass mit dem neuen Betreiber des Linienbusverkehrs Kindergartenkinder nicht mehr an den Kindergarten St. Martin befördert werden sollen. Stadtrat Jörg Schmidbauer bestätigt die Haltung des neuen Betreibers, die sich mit den Beförderungsbedingungen deckt. Die Bürgerin berichtet von intensiven Gesprächen sowohl mit dem Landrat als auch mit dem neuen Betreiber und bittet die Stadt Engen, sich bei einem gemeinsamen Gesprächstermin mit einzubringen. Bürgermeister Moser sichert zu, beim Zustandekommen eines Gesprächs daran auch teilzunehmen. Er weist aber auch darauf hin, dass es unverhältnismäßig wäre, einen kommunalen Aufsichtsdienst zu organisieren. Dies entspreche auch der Beschlussfassung des Verwaltungs-, Kultur- und Sozialausschusses vom 05.11.2019.

12.2 Schießlärm Dornsberg

Alfred Rigling berichtet über seine Erfahrungen mit der Schießanlage Dornsberg und kritisiert den neuen Schießstand, der Bittelbrunn zugewandt ist. Er bittet darum, Lärmmessungen zu den für den Betreiber ungünstigsten Zeitpunkten einzufordern. Stadtbaumeister Distler informiert, dass die letzten Lärmmessungen tatsächlich in einer Zeit stattgefunden hätten, in der die neue Schießanlage noch nicht in Betrieb gewesen sei.

13 Beschlussfassung über die Annahme von Spenden

Heute hat der Gemeinderat nicht über die Annahme von Spenden zu beschließen.

14 Dringende Vergaben

Heute liegen keine dringenden Vergaben vor.

15 Mitteilungen

15.1 Gutachten zur Feststellung angespannter Wohnungsmärkte - Qualifizierte Kommunen für Mietpreisbremse

Bürgermeister Moser verweist ausdrücklich auf diese Mitteilungsvorlage und sieht es als positives Zeichen, dass die Stadt Engen hier nicht aufgeführt sei. Daraus könne man schließen, dass das Mietpreisniveau in Engen noch in einem angemessenen Rahmen sich befinde.

15.2 Mitteilung 14 +15 Änderung Flächennutzungsplan 2020 der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Singen, Rielasingen-Worblingen, Steißlingen und Volkertshausen (VVG Singen) – Wohnbaufläche Singen – Überlingen a.R. + gewerbliche Bauflächen/ Fläche für

15.3 Mitteilung zum Bauantrag für die Nutzungsänderung zu Hotel Garni ohne Restaurant und privater Wohnraum für Familie in Engen, Breitestraße 26, Flst. Nr. 426/12

15.4 Mitteilung zum Bauantrag für den Bau einer PKW-Doppelgarage in Engen-Welschingen, Kehlasse 6, Flst. Nr. 173

15.5 Mitteilung zur Bauvoranfrage für die Nutzungsänderung einer Gärtnerei in einem Aquaponikbetrieb in Engen-Neuhausen, Maierbachstraße 21, Flst. Nr. 538, 533

15.6 Bebauungsplan "Solarpark Autobahn" Gemeinde Volkertshausen - Frühzeitige Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB

15.7 Entnahme von Betriebsvermögen aus dem BgA Neue Stadthalle

15.8 Mitteilung zu eingegangenen Bauanträgen

16 Anregungen und Anfragen

16.1 Gehweg Hewenstraße

Stadtrat Peter Kamenzin hinterfragt den Sachstand der Wiederherstellung des Gehwegs entlang des Neubauvorhabens Seniorenwohnanlage. Nach Auskunft von Stadtbaumeister Distler werde dieser in einer Breite von 1,5 m je nach Wetterlage in Bälde fertiggestellt.

16.2 Geschwindigkeitsanzeigergerät OD Zimmerholz

Stadtrat Martin Schoch bittet darum, das Anzeigergerät mehr in Richtung Ortsausgang Engen (Einfahrt Auf Stiegeln) zu versetzen.

16.3 Mühlebach Welschingen

Stadtrat Armin Höfler ist aufgefallen, dass der Mühlebach nur streckenweise ausgebaggert worden ist. Bürgermeister Moser bittet Stadtrat Armin Höfler, sich direkt mit der Umweltbeauftragten Schramm zur Sachverhaltsklärung in Verbindung zu setzen.

Unterzeichner/in:

Datum:

Johannes Moser
Bürgermeister

Patrick Stärk
Protokollführer

Bernd Keller
Stadtrat

Ines Lutz
Stadträtin
